



## **Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 21.02.2013

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:40 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Bürgermeister Kuhlmann

Mitglieder:

Herr Stadtrat Braig  
Herr Stadtrat Brenner  
Herr Stadtrat Dr. Compter ab Top 4  
Herr Stadtrat Deeng  
Herr Stadtrat Herzhauser  
Herr Stadtrat Keil  
Herr Stadtrat Kolesch  
Frau Stadträtin Kübler  
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding  
Herr Stadtrat Rieger  
Frau Stadträtin Sonntag  
Herr Stadtrat Weber  
Herr Stadtrat Zügel

Stellvertreter/in:

Herr Stadtrat Abele  
Frau Stadträtin Goeth bis Top 4

entschuldigt:

Herr Stadtrat Pfender

Gäste:

Herr Dr. Degreif, Museum  
Herr Lanz, Architekturbüro Lanz & Partner

Verwaltung:

Herr Andritsch, Dollinger-Realschule  
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen  
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt  
Frau Christ, Stadtplanungsamt  
Herr Kopf, Hochbauamt  
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg  
Frau Markieton, Schriftführung  
Herr Pfab, Dollinger-Realschule  
Herr Rechmann, Tiefbauamt  
Herr Dr. Riedlbauer, Kulturdezernat  
Frau Schuster, Bauverwaltungsamt  
Herr Walz, Gebäudemanagement  
Herr Wilk, Hochbauamt

## Tagesordnung

<b>TOP-Nr.</b>	<b>TOP</b>	<b>Drucksache Nr.</b>
1.	Kunst im öffentlichen Raum	15/2013
2.	Neubau RBZ Beschränkter Wettbewerb "Kunst am Bau" Wettbewerbsergebnis und weiteres Vorgehen	18/2013
3.	Neubau RBZ - Innenraumkonzept und Materialauswahl Sporthalle	
4.	Förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets "Innenstadt Südwest"	10/2013
5.	Förderung einer Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahme außerhalb des Sanierungsgebietes durch Zuschuss aus dem städtischen Sanierungsförderungsprogramm - Gebäude Karpfengasse 16	13/2013
6.	Belagssanierungen im Stadtgebiet Biberach 2013, Teil 1	20/2013
7.	Erneuerung der Uhlandstraße, 2. Bauabschnitt	19/2013

Die Mitglieder wurden am 07.02.2013 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 13.02.2013 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 15/2013 zur Kenntnisnahme vor.

BM Kuhlmann schickt voraus, immer wieder würden sich private Investoren an die Stadt wenden, die gerne ein neues Kunstwerk für den öffentlichen Raum stiften möchten. Auch werde die Verwaltung von Bürgern des Öfteren auf Schäden an bestehenden Kunstwerken aufmerksam gemacht. Die vorliegende Bestandsaufnahme schaffe eine wichtige Grundlage für das künftige Handeln der Stadt in diesem Bereich. Insbesondere könne man sich Gedanken über bessere Präsentationsmöglichkeiten der Kunst im öffentlichen Raum machen und auch die Frage nach einem konzeptionellen Hintergrund der bestehenden und künftigen Kunstwerke stellen.

StR Kolesch begrüßt die Bestandsaufnahme, erkundigt sich jedoch nach dem Erhebungsaufwand. Er **beantragt**, aus den gewonnenen Informationen eine Broschüre für die interessierte Öffentlichkeit zu erstellen. Die bestehende Heterogenität der Kunstwerke im öffentlichen Raum gefällt ihm gut; auch der Gedanke, durch den Abbau eines bestehenden Kunstwerks Platz für Neues zu schaffen oder Standortänderungen anzudenken, hält er für interessant. Die CDU-Fraktion sei hierfür aufgeschlossen, ohne dabei an ein konkretes Objekt zu denken. Wichtig ist ihm, dass Investoren, die an die Stadt herantreten, nicht abgewiesen werden. Er erkundigt sich, ob die Ölberggruppe Eigentum der Katholischen Kirche ist und schlägt vor, den Eigentümer bzw. Leihgeber jeweils namentlich zu erwähnen. Auch bittet er darum, die Angaben redaktionell noch zu überarbeiten und bezieht sich hierbei auf die korrekte Bezeichnung der Baugenossenschaft Biberach eG.

StR Keil lässt wissen, Kunst sei früher grundsätzlich für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen und habe erst später Einzug in private Wohnzimmer gehalten. Über ein Wahrzeichen wie den Eiffelturm oder den Bamberger Reiter verfüge Biberach bedauerlicherweise noch nicht. Für interessierte private Investoren bittet er sich auf ein einheitliches Verfahren zu einigen und hier den Kunstverein hinzuzuziehen. Insbesondere Biberacher Künstlern, die sich einen Namen gemacht haben, solle die Möglichkeit für die Erstellung eines Kunstwerks im öffentlichen Raum eröffnet werden. Er merkt an, dass das Land vor Jahren eine Broschüre über die landeseigenen Kunstwerke herausgegeben habe und regt insoweit eine Kooperation mit dem Landkreis an. Zu überarbeiten bittet er die Angaben für das Kunstwerk Nr. 70, das Kriegermahnmal in Form eines liegenden Soldaten, zu dem Herr Adler wertvolle Informationen geben könne. Die bedeutenden Kunstwerke in Biberach (Hauser-Plastiken, Weber, etc.) bittet er mit einer entsprechenden Beschriftung zu versehen. Die SPD-Fraktion begrüße Kunst im öffentlichen Raum ausdrücklich und bittet dies auch gegenüber interessierten Investoren so zu kommunizieren.

StRin Goeth dankt Herrn Degreif für die geleistete Arbeit und spricht sich für die von der CDU-Fraktion beantragte Broschüre aus. An den Kunstwerken wünscht sie sich Schilder, auf denen nicht nur auf den Künstler und das Entstehungsjahr, sondern auch auf die Bedeutung bzw. die Hintergründe des Kunstwerks eingegangen wird. Sie stellt fest, dass die Kunstwerke in Biberach so bunt wie die Gesellschaft sind und der Streit um Kunstwerke die Meinungsbildung anrege. Insbesondere bei städtischen Kunstwerken, die aus Steuermitteln finanziert werden, bittet sie auf eine entsprechende Qualität Wert zu legen. Das Schattendasein mancher Kunstwerke könne durch einen neuen Standort beendet werden; auch nur vorübergehend aufgestellten Kunstwerken stehe die Fraktion positiv gegenüber. Sie schlägt vor, die gewonnenen Daten auf der städtischen Homepage der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

StRin Sonntag bedankt sich für die Informationsvorlage und stellt fest, dass eine objektive Einschätzung des Begriffes Kunst nicht möglich sei. Sie selbst sei beispielsweise ein Freund der Kunst im Burrenwald und regt an, solch eine Aktion wieder einmal zu initiieren. Die gewonnenen Informationen über die Kunstwerke in Biberach bittet sie im Biko vorzustellen - auch die Bürger könnten wertvolle Hintergrundinformationen zu einzelnen Kunstwerken liefern.

Auch StR Braig begrüßt die Informationsvorlage, die ihm eine spannende Entdeckungsreise in die Kunst im öffentlichen Raum ermöglicht habe. Kunst sei Geschmackssache und immer Ausdruck des Zeitgeists. Konkreten Handlungsbedarf sieht er nicht, plädiert jedoch dafür, bei neuen Kunstwerken auf einen höheren Qualitätsstandard Wert zu legen. Er begrüßt eine zeitliche Befristung von Kunstwerken im öffentlichen Raum und bittet auch den Mut zum Rückbau zu haben.

OV Aßfalg stellt fest, aus dem Kunstwerk im Schulhof Stafflangen sei über die Jahre ein kleiner Schandfleck geworden. Der Brunnen werde von Jugendlichen nachts als Aschenbecher und Urinal missbraucht. Er bittet vor diesem Hintergrund darum, den Brunnen abzubauen.

BM Kuhlmann erklärt auf Nachfrage von StRin Goeth, über den Verbleib des früheren Schadenhofbrunnens sei der Verwaltung nichts bekannt. Er stellt klar, dass man privates Engagement unterstütze, aber auf eine entsprechende Qualität Wert lege. Nachdem von allen Fraktionen der Wunsch nach einer genaueren Aufarbeitung geäußert wurde, weist er darauf hin, dass schon die vorliegende Bestandsaufnahme einen sehr großen Aufwand bedeutet und über 4 Jahre gedauert habe. Eine Vorstellung der Kunstwerke im Biko trägt er mit, eine Broschüre oder gar ein Buch über die Kunst im öffentlichen Raum in Biberach ginge im persönlich jedoch zu weit. Die Qualität der Kunstwerke in Biberach rechtfertige eine so weitgehende Aufarbeitung wohl auch nicht. Festgestellte Fehler in der Bestandsaufnahme werde man – auch mit Hilfe der Bürger – ausmerzen und die Kunstwerke im Geoinformationssystem der Stadt hinterlegen.

Herr Degreif lässt wissen, ihn habe die Vielzahl der unterschiedlichen Akteure der Kunst im öffentlichen Raum überrascht. Hierzu sei nicht nur die Stadt und der Landkreis zu zählen, sondern auch Kirchen, Sparkassen und andere Investoren. Die Erfassung und Informationsgewinnung sei äußerst aufwendig gewesen. Wenn sich überhaupt ein roter Faden durch die Kunstwerke Biberachs ziehe, sei es das Wasser. Er schlägt vor, die gewonnenen Erkenntnisse in die Stadtführungen einzubeziehen. Zur Qualität der Kunstwerke merkt er an, er sei gebeten worden, sich die Kunstwerke aus kunstkritischer Sicht anzusehen und eine Aussage über deren kunsthistorischen Wert zu treffen. Die Bedeutung für den Tourismus bzw. die Bürger Biberachs könne dagegen eine ganz andere sein.

StR Abele betont, die CDU-Fraktion stelle sich die Broschüre als eine Art Biberacher Kunstpfad vor, die ohne großen Aufwand erstellt werden könne. Ausreichend sei eine Übersichtskarte, aus der sich die Lage der einzelnen Kunstwerke ergebe sowie eine kurze Beschreibung derselben.

Eine Broschüre in diesem Umfang **sagt** BM Kuhlmann **zu**.

**Der Antrag der CDU-Fraktion ist damit erledigt.**

**Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 18/2013 zur Vorberatung vor.

BM Kuhlmann merkt an, dass man sich für das Räumliche Bildungszentrum Kunstwerke wünsche, die die Schüler einbinden bzw. zum Mitmachen und Erleben anregen. Vor diesem Hintergrund habe die Jury zwei Vorschläge ausgewählt, die zudem relativ preisgünstig seien und auf die Architektur des Räumlichen Bildungszentrums Bezug nähmen.

Herr Degreif stellt die Vorauswahl der Jury – vier Arbeiten verschiedener Künstler - vor.

StR Kolesch lobt den Entscheidungsprozess als auch die abgegebenen Arbeiten und erkundigt sich, ob das Ergebnis von allen Beteiligten, insbesondere auch von den Schülervetretern mitgetragen werde. Die getroffene Auswahl erscheine ihm schlüssig, wobei er alle vier Arbeiten für äußerst interessant halte. Wert legt er darauf, dass bei der Arbeit von Frau Hindahl die geometrische Form und die Farbgebung in einem gemeinsamen Gestaltungsprozess mit den Schülern festgelegt wird. Er erkundigt sich, inwieweit bei der Auswahl dieser Arbeit berücksichtigt wurde, dass abgesehen von der Konzeptionsphase die Schüler nicht mehr dauerhaft eingebunden sein werden. Diesbezüglich habe das Haus der 1000 Steine mit dem jährlich wiederkehrenden Ritual mehr zu bieten. Sorgen bereitet ihm auch die geplante Videoprojektion, die - sollte die Technik versagen – zu hohen Folgekosten führen könne. An der Karl-Müller-Schule kämpfe man mit solch einem technischen Problem bereits seit sieben Jahren, obwohl bereits mehrfach Fachleute zugezogen wurden.

StR Keil ist der Ansicht, dass sich der Gemeinderat bei der Entscheidung zurückhalten und diese der Jury überlassen sollte. Die Kunstwerke werden aus seiner Sicht nicht nur die Architektur des Gebäudes aufwerten, sondern auch die Bedeutung des Räumlichen Bildungszentrums stärken. Er begrüßt die Auswahl jeweils eines Kunstwerkes für den Innenraum und den Freibereich; letzteres werde damit auch von Dritten wahrgenommen. Sehr überraschend sei für ihn insbesondere die Arbeit von Herrn Schäfer, die den Grundgedanken des zivilisatorischen Hexagons voll erfülle und mit dem sich die Schüler über Generationen hinweg auseinandersetzen können und seiner Ansicht nach auch werden. Bei der Arbeit von Frau Hindahl seien die Schüler nicht nur bei der Malaktion selbst, sondern ebenso wie Lehrer und Dritte durch die Bewegung in der Schule in die Kunst hineingenommen. Hier bittet er lediglich noch die technischen Rahmenbedingungen zu klären; die angesetzten 3.000 Euro erscheinen ihm für die erstmalige Installation und die ständige Pflege der Technik recht niedrig bemessen.

StRin Goeth lobt die Arbeiten, bei denen die Schüler zu Akteuren würden. Zum Kunstwerk "dimensional" von Frau Hindahl erkundigt sie sich jedoch, ob die geometrische Figur immer wieder neu platziert werde. Andernfalls sei die Spannung für die Schüler dahin, sobald der richtige Standpunkt einmal gefunden wurde. Auch interessiert sie, ob die Kamera dauerhaft, täglich oder nur in Intervallen in Betrieb sein wird und merkt an, dass der Verschleiß der Geräte, insbesondere die teuren Projektorbirnen entsprechende Kosten nach sich ziehen werden. Was die Arbeit von Herrn Schäfer betrifft, sei die Fraktion altmodisch – dies sei keine Kunst am Bau, sondern eine Abenteuerwiese für die Schüler. Gegen eine Fläche für die Schüler sei zwar nichts einzuwenden, Kosten in Höhe von 16.000 Euro für eine Brache jedoch definitiv zu teuer. Die Freie Wähler Frak-

tion **beantrage** daher eine getrennte Abstimmung über die Arbeiten von Frau Hindahl und Herrn Schäfer. Favorisiert werde stattdessen das 1000 Steine Haus von Frau Böhme.

StR Weber begrüßt die getroffene Auswahl. Die Arbeit von Frau Hindahl erfülle den Raum und biete je nach Standort immer wieder neue, spannende Sichtweisen. Sollte die angedachte Freifläche von den Schülern tatsächlich einmal nicht mehr genutzt werden, könne dieser Bereich immer noch der Vegetation und damit als Erholungsbereich für die Natur und die Schüler dienen.

StR Braig lobt die spannenden Vorschläge, die er so nicht erwartet hätte. Er stimmt der getroffenen Auswahl zu - aus seiner Sicht sollte sich der Bauausschuss nicht gegen die Entscheidung der Jury stellen.

StR Rieger bekennt, dass er mit der Brachfläche ein massives Problem hat. Den Vorschlag von Herrn Schäfer könne man nicht als Kunst verkaufen – ein frei nutzbarer Bereich für die Schüler sei wesentlich kostengünstiger zu haben.

BM Kuhlmann lässt zur Anfrage von StRin Goeth wissen, die Arbeit von Frau Hindahl sehe keine Beamerprojektion vor. Die Farbflächen würden real aufgetragen, das Motiv bleibe damit dauerhaft unverändert bestehen. Die Schüler würden hinsichtlich der Motiv- und Farbauswahl vor dem Farbauftrag einbezogen – später werde die Arbeit Thema im Kunstunterrichts sein. Die alltäglichen Bewegungen von Schülern und Lehrern innerhalb der geometrischen Form würden mit Hilfe einer Webcam per Kabel auf einen Bildschirm übertragen. Technisch stelle dies kein Problem dar – hohe Folgekosten seien nicht zu erwarten. Anders sehe es bei der Arbeit von Herrn Reiner aus, bei der Großbildschirme und ein Computer benötigt würden - zudem müsste der Fotofix für das Projekt extra konstruiert werden. Er lässt wissen, dass die Vorauswahl der 4 Arbeiten absolut einvernehmlich zwischen Schülervetretern, Schulleitung, Kunstlehrern, Architekten, Fachleuten und der Stadt getroffen wurde. Die beiden Arbeiten des Beschlussvorschlags seien durch die Schulleitung, die Kunstlehrer, Herrn Dr. Degreif und dem Baudezernat ausgewählt worden, nachdem man die Rahmenbedingungen für die konkrete Umsetzung geprüft habe.

Auf Anfrage von StRin Kübler erklärt er weiter, für die Arbeit von Frau Hindahl sei lediglich *ein* Bildschirm vorgesehen, der voraussichtlich im Foyer platziert werde. Herr Schäfer werde den Prozess für seine Arbeit 3 Jahre lang begleiten, danach würden die Schüler von den Kunstlehrern im Rahmen des Kunstunterrichts betreut. Bei der Vorauswahl der Arbeiten sei keine Priorisierung erfolgt - Favorit der Schüler sei jedoch die Arbeit von Herrn Reiner gewesen.

StR Kolesch bedauert, dass die Schüler in die letzte Auswahlphase nicht mehr einbezogen wurden. Die technischen Probleme in der Gebhard-Müller-Schule würden auch die CDU-Fraktion wundern - diese seien jedoch Fakt und mit der geplanten Technik für die Arbeit von Frau Hindahl identisch. Nach dem erstmaligen Erkennen des richtigen Standorts für die geometrische Form sei der Bildschirm die einzige Interaktionsmöglichkeit für die Schüler - funktioniere die Technik nicht, sei der Reiz weg. Die Brachfläche für die Schüler hält er für äußerst interessant - hier könne wirklich alles entstehen. Sollte die Fläche nach einigen Jahren tatsächlich nicht mehr genutzt werden, könne man diese immer noch wie den restlichen Schulhof gestalten.

StRin Sonntag und BM Kuhlmann merken an, die Arbeit von Frau Hindahl biete bei der Bewegung durch den Raum immer wieder neue Blickwinkel und verliere daher - unabhängig von der Übertragung auf den Bildschirm - nichts an seiner Faszination.

BM Kuhlmann merkt an, das Risiko technischer Probleme mit den damit verbundenen Folgekosten sei bei der Arbeit von Herrn Reiner wesentlich größer als bei Frau Hindahls Vorschlag.

**Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat daraufhin, entsprechend dem Beschlussantrag der Verwaltung zu beschließen.**

**Der Arbeit von Frau Hindahl wird dabei einstimmig, der Arbeit von Herrn Schäfer bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich zugestimmt.**

### TOP 3      **Neubau RBZ - Innenraumkonzept und Materialauswahl Sporthalle**

Herr Lanz vom Architekturbüro Lanz & Partner informiert die Bauausschussmitglieder über den Stand der Bauarbeiten am Räumlichen Bildungszentrum. Derzeit würden die Malerarbeiten im 3. Obergeschoss des Schulgebäudes vorgenommen und die Schrankmöbel montiert. Gleichzeitig werde an der Fassade gearbeitet. Er geht auf die Bemusterung der Innenmöbel, Regale, Waschbecken, Trennwände, Türen und Flure ein und zeigt die geplante Gestaltung der Sanitärbereiche, die mit dem Gebäudemanagement, Schule und Schülern abgestimmt sei. Wert habe man dabei insbesondere auch auf eine unverwüstliche Einrichtung gelegt - in den Geschossen variierend werde der Sanitärbereich in Blau- bzw. Grüntönen angelegt. Für die Möblierung der Klassenzimmer verwende man ein Eichefurnier, für die Böden in den Zimmern und im Flur sei ein Rotton vorgesehen. Die Lerninseln in den Fluren würden mit sog. Amöbentischen versehen und als Computerbereiche ausgestattet. In der Mensa bzw. der Aula werde ein Parkettboden verlegt. Der Flurbereich der Sporthalle werde von der hellen Stahlkonstruktion, den Sichtbetonwänden und einem geschliffenen Betonboden bestimmt. Für die Halle selbst habe man zunächst Prallwände in einem Holzton und einen schwarzen Boden mit farbiger Linierung vorgeschlagen. Der dunkle Boden sei von den Beteiligten jedoch kritisch gesehen worden. Er betont, dass die Farbauswahl an Linoleumböden beschränkt sei - letztlich habe man sich für ein grünes Farbkonzept entschieden, das mit der Schulhausfassade korrespondiere. Für die Prallwände habe man denselben Grünton gewählt, wobei der Bodenrand mit einer 10 cm hohen, schwarzen Sockelleiste hervorgehoben werde. Die Lochung der Prallwände diene einer besseren Akustik und werde die Wände etwas dunkler als den Boden erscheinen lassen. Auch das Volleyballfeld werde etwas dunkler abgesetzt. Der Grünton werde sich auch auf den Sitzstufen im Zuschauerbereich wiederfinden, wobei man Wert auf ein strapazierfähiges Material gelegt habe.

StR Kolesch geht davon aus, dass die Farbgebung auch den funktionalen Anforderungen genügt und der Grünton des Hallenbodens in vergleichbaren, bestehenden Hallen in Augenschein genommen wurde. Er begrüßt die Abstimmung mit allen Beteiligten und ist sich sicher, dass das Ergebnis beeindruckend sein wird.

StR Keil erkundigt sich nach dem Beleuchtungskonzept der Lerninseln. Die Auswahl der Lampen spiele gerade in Bereichen, in denen mit Büchern bzw. PCs gearbeitet werde, eine bedeutende Rolle. Er stellt fest, dass in großen Sporthallen oft der Lärmpegel ein Problem darstelle und möchte wissen, ob bereits zum jetzigen Zeitpunkt die spätere Lärmbelastung ermittelt und bei der Gestaltung, z. B. durch die Wahl von Textilien bzw. Kunststoffen, berücksichtigt bzw. reduziert werden könne. Das Farbkonzept der Halle hält er für etwas phantasielos - für eine Sporthalle wünsche er sich mehr als eine einzige Farbe, Holz- und Naturtöne - wie sie in vielen Hallen Verwendung fänden - würden die Halle aus seiner Sicht optisch aufwerten.

Herr Lanz erläutert, für die Lerninseln seien indirekte Leuchten an den Wänden sowie runde Leuchten in der Decke bzw. abgehängte Leuchten über den Tischen vorgesehen. Für die Sporthalle habe man bewusst einen Akustiker zugezogen. Nicht nur die Prallwände, auch die gesamte Decke werde gelocht sein, ein Übriges würden die Vorhänge zur Abtrennung der Hallenteile beitragen. Ihm sei keine einzige Sporthalle bekannt, in der mehr Vorkehrungen für eine gute Akustik getroffen wurden als hier vorgesehen. Hinsichtlich der Farbgebung der Sporthalle bittet er die Bauaus-

schussmitglieder, sich die Halle vor Ort anzusehen. Der Beton weise verschiedene Schattierungen auf, durch die Fenster im Dach sei der Himmel zu sehen. Die Halle werde nicht so eintönig sein, wie von StR Keil befürchtet. Auch bittet er zu bedenken, dass bei der Abtrennung der Hallenteile nur noch die gegenüberliegenden Wände grün in Erscheinung treten werden. Er lässt wissen, dass beispielsweise die Sporthalle in Vogt ganz in Gelb gehalten sei.

BM Kuhlmann merkt an, es sei immer schwierig, sich auf ein bestimmtes Farbkonzept zu einigen. Die Gestaltung der Halle sei von den Beteiligten kontrovers diskutiert worden, schließlich habe man sich jedoch einvernehmlich für die grüne Farbgebung ausgesprochen.

StR Kolesch stellt klar, dass die Funktionalität Vorrang vor gestalterischen Aspekten haben muss. Irritiere die einheitliche Farbgebung des Bodens und der Wände beim Sport, hätten dies die Architekten zu verantworten.

StR Zügel schließt sich dem an. Die Vorgaben für die Gestaltung müssten von den Sportlern kommen. Eine grüne Farbgebung scheint ihm jedoch wesentlich leichter und angenehmer zu sein als ein Gelbton.

StR Herzhauser hält die Farbgebung des Hallenbodens insbesondere bei Ballsportarten, bei denen der Blick auf den Boden gerichtet sei, für kritisch. Er bittet darum, eine weniger intensive Farbe zu wählen.

Herr Kopf merkt an, dass die „grüne Wanne“ nur einen Bruchteil der Halle einnehmen wird und bittet die Ausschussmitglieder, sich die Wirkung des hellen Sichtbetons zusammen mit den großzügigen Fensterflächen vor Ort anzusehen. Er betont, dass nicht persönliche Präferenzen, sondern funktionale Kriterien für die Gestaltung ausschlaggebend seien. Auf dieser Grundlage hätten sich die Beteiligten über mehrere Diskussionsrunden hinweg der grünen Farbgebung angenähert. Eine Zäsur zwischen Boden und Wand erreiche man dabei bewusst mit Hilfe eines Sockels. Er betont, dass sich die Vereinsvertreter mehrheitlich für dieses Muster entschieden hätten - dem gegenüber hätten auch diese bei Holztönen für die Prallwände ein Störgefühl gehabt. Sachliche Einwände gegen das grüne Farbkonzept habe keiner vorgebracht.

StR Braig plädiert dafür, sich Referenzobjekte anzusehen bzw. den Sportberater des WLSB hinzuzuziehen.

BM Kuhlmann **sagt zu**, dem Bauausschuss über die Erfahrungen bei ähnlich gestalteten Sporthallen zu berichten.

StR Herzhauser möchte solch eine Sporthalle besichtigen.

**Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 10/2013 zur Vorberatung vor.

BM Kuhlmann stellt dem Bauausschuss Frau Schuster vor, die künftig beim Bauverwaltungsamt für die Stadtsanierung zuständig sein wird.

StR Kolesch zeigt sich froh darüber, dass nun die Rahmenbedingungen für eine Förderung von Sanierungsmaßnahmen im Bereich "Innenstadt Südwest" vorliegen und stellt fest, dass in dem Gebiet viel Potenzial steckt. Wichtig ist ihm insbesondere, dass auch Private in den Genuss der Fördermittel kommen und diese nicht nur für städtische Maßnahmen wie die Umgestaltung von Straßenzügen oder die Sanierung des "Roten Baus" verwendet werden. Vor diesem Hintergrund bittet er darum, auf eine entsprechende Streuung der zur Verfügung stehenden Mittel zu achten. Er hofft, dass eine Aufstockung der Fördermittel auf 5 Mio. € bewilligt wird – andernfalls lasse sich nur wenig erreichen. Für unabdingbar hält er den vorgesehenen Ausschluss der Genehmigungspflicht nach § 144 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie der besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften der §§ 152 bis 156 a BauGB, wodurch enteignungsähnliche Eingriffe in das Privateigentum vermieden würden. Im Hinblick auf die erschließungsrechtlichen Hinweise auf S. 52 der Untersuchung erkundigt er sich, was die Anwohner der betreffenden Straßenzüge hier konkret erwartet. Er **beantragt** zudem eine Aufstellung der Straßen im Stadtgebiet, die noch nicht abgerechnet wurden.

StRin Kübler merkt an, der Untersuchungsbericht spiegle die Missstände im Sanierungsgebiet treffend wider. Die Ausweisung des Sanierungsgebiets sei daher ein wichtiger erster Schritt, um die Qualität des Quartiers zu verbessern. Als Kernproblem sieht sie den Schwerlastverkehr und das hohe Verkehrsaufkommen in diesem Bereich - diesbezüglich würden alle Hoffnungen auf der Nordwestumfahrung ruhen. Reduziere sich der Verkehr und damit auch der Verkehrslärm, werde auch in die angrenzenden Gebäude wieder investiert. Angesichts des nur mäßigen Rücklaufs bei der Anwohnerbefragung sei noch viel Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Sie begrüßt den Umstand, dass auch die Sozialplanung in die Untersuchung eingeflossen ist. Die Anregung des Nahverkehrsamts, die Fußgängerüberwege der Kolpingstraße umzugestalten, sieht sie mit dem Umzug der Dollinger Realschule erledigt. Den Abriss der intakten Dollinger-Turnhalle zur Herstellung von Stellplätzen hält sie dagegen für einen Schildbürgerstreich und bittet die Verwaltung, auf diese Entscheidung nach Möglichkeit noch Einfluss zu nehmen bzw. nach Alternativen zu suchen. Gewundert habe die SPD-Fraktion, dass bestimmte Bereiche wie beispielsweise der Hechtkeller oder das geplante Studentenwohnheim nicht in das Sanierungsgebiet einbezogen wurden – der "Rote Bau" sprengte aus ihrer Sicht dagegen den finanziellen Rahmen.

StR Zügel hält die Untersuchung für absolut zutreffend – der Zustand des Quartiers spiegle sich im Übrigen auch im Alter der Bebauungspläne für diesen Bereich wider. Den Fördersatz von 20% hält er insbesondere angesichts des hohen Anteils an privaten Flächen für angemessen. Auch für den "Roten Bau" sei dringend eine Lösung anzustreben – Ziel müsse es insoweit sein, den Förderrahmen für das Gebiet zu erhöhen. Ein großes Problem für das Quartier stellt auch aus seiner Sicht der ruhende Verkehr sowie der Durchgangsverkehr auf der Riedlinger Straße und der Kol-

pingstraße dar. Um die Qualität des Gebiets zu erhöhen, seien dabei zeitnahe Lösungen gefragt. Insofern sei es zugegebenermaßen schwierige Aufgabe der Stadt, nach Möglichkeiten zur Reduzierung des Verkehrsaufkommens zu suchen. Auf den gewünschten Aufstieg der Nordwestumfahrung zur B 30 dürfe man sich jedenfalls nicht verlassen. Die aus städtebaulicher Sicht wünschenswerte Verlagerung von Firmen hält er angesichts der fehlenden, passenden Ersatzgrundstücke für wenig realistisch. Er erkundigt sich, ob die Verwaltung bereits Ideen zur Freiflächengestaltung hat und bittet um detaillierte Informationen zum Thema Erschließungsbeiträge. Der Beschlussvorlage stimmt er zu und stellt fest, dass man an die Aufwertung des Quartiers mit einem langen Atem herangehen müsse.

StR Braig ist sich sicher, dass die Chancen für eine Sanierung des "Roten Baus" ohne die Einbeziehung in das Sanierungsgebiet schlecht stünden. Ihm ist wichtig, dass dieses Thema in naher Zukunft angegangen wird. Vor diesem Hintergrund erkundigt er sich, ob die Erhöhung des Förderrahmens realistisch sei und in welchem Zeitraum hiermit gerechnet werden könne.

BM Kuhlmann stellt klar, dass private Sanierungsmaßnahmen Vorrang genießen werden und für den "Roten Bau" nur bei einer Erhöhung des Förderrahmens eine Chance bestehe. Bei der Straßenneuordnung sei es Ziel, die Parkmöglichkeiten zu erhalten, durch eine entsprechende Gruppierung derselben jedoch mehr Freiräume und damit eine höhere Aufenthaltsqualität zu schaffen. Der Abriss einer intakten Halle zur Anlegung von Stellplätzen sei auch für ihn eigenartig. Hierdurch könne jedoch für alle Anwohner, die seit Jahren unter dem starken Parkdruck leiden würden, Abhilfe geschaffen werden. Eine deutliche Reduzierung der Verkehrsbelastung lässt sich aus seiner Sicht erst mit dem Aufstieg der Nordwest-Umfahrung zur B 30 erreichen. Eine geringfügige Entlastung lasse sich durch die Umleitung des Schwerlastverkehrs über die Memminger Straße erzielen, die jedoch nur in Abstimmung mit Bund und Land als Straßenbaulastträger der B 312 umgesetzt werden könne. Er lässt wissen, dass man sich auch hinsichtlich der Freiraumgestaltung innerhalb des Sanierungsgebiets viel vorgenommen habe und dieses Thema parallel angehe.

StR Zügel hält den Aufstieg zur B 30 unter der derzeitigen Landesregierung für illusorisch. Insofern plädiert er dafür, die Wirkung der Nordwest-Umfahrung abzuwarten und dann durch verkehrslenkende Maßnahmen eine Qualitätsverbesserung anzustreben.

Zur Anfrage von StRin Kübler lässt BM Kuhlmann wissen, Neubauten wie das Studentenwohnheim bzw. das geplante Gebäude der Heggbacher Einrichtungen seien nicht förderfähig und daher bewusst nicht in den Geltungsbereich des Sanierungsgebiets einbezogen worden. Dasselbe gelte für den Hechkeller - auch hier sei ein Abriss und Neubau vorgesehen. Für das Areal Kundrath/ Stark werde sich allenfalls mittel- bis langfristig eine Änderung ergeben - nachdem das Sanierungsprogramm jedoch kurzfristig angelegt sei, mache die Aufnahme dieses Bereichs ebenfalls keinen Sinn.

StR Herzhauser wundert sich über den geplanten Abbruch des Hechkellers, der doch unter Denkmalschutz stehe.

BM Kuhlmann bestätigt dies. Nach Rücksprache mit dem Landesdenkmalamt sei eine Sanierung des Hauptgebäudes jedoch nicht mit vertretbarem Aufwand möglich - daher gelte es lediglich die offene Fachwerkhalle zu erhalten. Eine Liste der noch nicht abgerechneten Erschließungsbeiträge gebe es bereits - diese werde er dem Gremium zur Verfügung stellen. Betroffen seien viele Straßen im Stadtgebiet - die Abarbeitung sei extrem aufwändig und nur schrittweise möglich.

StR Weber lobt die Ausweisung des Sanierungsgebiets, stellt jedoch fest, dass man angesichts des hohen Anteils privater Flächen bzw. Gebäude einen langen Atem beweisen müsse. Der Rücklauf auf den Fragebogen und damit das Interesse der betroffenen Bürger sei noch viel zu gering. Er ist sich sicher, dass der Aufstieg zur B 30 kurzfristig nicht kommen wird und erkundigt sich, ob eine Geschwindigkeitsbegrenzung ein adäquates Mittel zur Eindämmung des Verkehrslärms sein könne.

BM Kuhlmann lässt wissen, der Verkehrslärm sei ein wichtiges, zur Prüfung anstehendes Thema.

**Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig, entsprechend dem Beschlussantrag der Verwaltung zu beschließen.**

**TOP 5 Förderung einer Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahme außerhalb des Sanierungsgebietes durch Zuschuss aus dem städtischen Sanierungsförderungsprogramm - Gebäude Karpfengasse 16**

**13/2013**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 13/2013 zur Beschlussfassung vor.

StR Nuding begrüßt die Förderung aus dem städtischen Sanierungsförderungsprogramm und bittet die Verwaltung darum, ein Auge auf die fachgerechte Ausführung der Sanierung zu haben. Er erkundigt sich, ob aus diesem Topf noch weitere Maßnahmen bezuschusst würden und erkundigt sich, was unter Putzfaschen zu verstehen ist.

Herr Brugger lässt wissen, für derartige Maßnahmen stünden aus dem städtischen Förderprogramm für das Jahr 2013 insgesamt 150.000 € zuzüglich der Restmittel aus dem Jahr 2012 zur Verfügung. Aktuell würden 4 weitere Maßnahmen aus diesem Topf bezuschusst - darunter das Kleeblatt. Bei Putzfaschen handle es sich um einen ca. 5 cm breiten Streifen um die Fenster, der farblich anders behandelt werde.

Auf Nachfrage von StR Braig erklärt er, die rechte Haushälfte sei innen wie außen bereits komplett saniert, die Sanierung des Gesamtgebäudes mit der vorliegenden Maßnahme damit abgeschlossen.

**Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden Beschluss:**

**Der Umbau und die Sanierung des Wohnhauses Karpfengasse 16 wird mit max. 41.000,- Euro bezuschusst.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 20/2013 zur Beschlussfassung vor.

OV Aßfalg merkt an, über das Straßenkataster lasse sich trefflich streiten. Die heutige Vorlage enthalte 3 zu sanierende Straßenzüge in Stafflangen, dabei gebe es 2 andere Straßen im Ortsteil, deren Belagssanierung viel dringlicher wäre. Er bittet darum, bei der Priorisierung der Maßnahmen mit den Ortsvorstehern Rücksprache zu halten.

Herr Rechmann stellt fest, dass die Priorisierung im Straßenkataster seit 3 Jahren bekannt sei, weshalb ihn der Einwand zum jetzigen Zeitpunkt wundere. Für Außenstehende sei es in der Tat teilweise schwer zu verstehen, weshalb aus Gründen des Werterhalts rissige Straßen früher saniert würden als Straßen, die bereits Schlaglöcher aufweisen. Er sagt zu, sich die Situation vor Ort zusammen mit OV Aßfalg anzusehen.

**Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden Beschluss:**

- 1. Den vorgesehenen Belagssanierungen 2013, Teil 1 im Stadtgebiet von Biberach und Teilorten im Rahmen des Haushaltsplanes wird zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibungen und Vergaben der einzelnen Sanierungsabschnitte durchzuführen.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 19/2013 zur Beschlussfassung vor.

**Ohne Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden Beschluss:**

- 1. Der Baumaßnahme für die Erneuerung der Uhlandstraße, 2. Bauabschnitt im Rahmen des Haushaltsplanes wird zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung und Vergabe der Baumaßnahme "Erneuerung der Uhlandstraße, 2. Bauabschnitt" durchzuführen.**

## Bauausschuss, 21.02.2013, öffentlich

### Zur Beurkundung:

Vorsitzender: ..... BM Kuhlmann

Stadtrat: ..... Keil

Stadtrat: ..... Zügel

Schriftführerin: ..... Markieton

Gesehen: ..... OB Zeidler

Gesehen: ..... EBM Wersch